

Ressort: Politik

Koalitionsstreit über Umgang mit Terror-Heimkehrern geht weiter

Berlin, 27.02.2019, 10:45 Uhr

GDN - Im Streit über den Umgang mit Terrorhelfern aus Deutschland mit doppelter Staatsangehörigkeit hat CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) "Verschleppung und Verwässerung" des Vorhabens vorgeworfen. "Wer sich dem IS-Terror anschließt, hat sein Recht auf unsere Staatsbürgerschaft verwirkt", sagte Dobrindt der "Bild" (Donnerstagsausgabe).

Es sei deshalb "grob fahrlässig", dass die Justizministerin den Gesetzentwurf zum Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft von IS-Kämpfern "erst verschleppt und jetzt verwässert, indem sie Altfälle unter den Tisch fallen lassen will". Auch wer sich heute bereits in Haft befinde müsse als Mitglied einer ausländischen Terrormiliz behandelt werden können. "Eine Absolution für Terroristen darf es nicht geben", so Dobrindt. Einigkeit besteht zwischen Union und SPD darüber, dass Terror-Unterstützern mit doppelter Staatsangehörigkeit die deutsche entzogen werden soll, wenn sie etwa an Kampfhandlungen islamistischer Gruppen wie etwa Al-Qaida oder dem "Islamischen Staat" (IS) teilgenommen haben. Strittig ist nun, ob diese Regelung auch rückwirkend angewendet werden kann.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-120737/koalitionsstreit-ueber-umgang-mit-terror-heimkehrern-geht-weiter.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619